

# Das Finanzgesetz von 1851 und die militärische Besetzung der Rarner Schattenberge

ANTON GATTLEN

Bis zu Anfang des 19. Jahrhunderts gab es im Wallis keine Kantonssteuern<sup>1</sup>. Der Ertrag der Nationalgüter, die Einkünfte aus den Vogteien des Unterwallis und die Pensionen der fremden Fürsten reichten hinlänglich aus, um die Kosten der Landesverwaltung zu decken und um den wenigen Aufgaben gerecht zu werden, die dem Staate damals zufielen. In guten Jahren gab es sogar Ueberschüsse, die unter die Zenden verteilt werden konnten<sup>2</sup>.

Die französische Revolution bereitete diesem goldenen Zustand ein jähes Ende. Mit einem Schlage blieben die Einkünfte aus dem Unterwallis und die Pensionen Frankreichs aus. Statt dessen kamen

<sup>1</sup> Die wichtigsten Dokumente, auf die sich diese Arbeit stützt, sind in einer rund 100 Stücke umfassenden Sammelmappe vereinigt, die sich im Staatsarchiv in Sitten befindet. Sie trägt den Titel «*Bürchen, Unterbüch, Eischoll, 1851*» und die Signatur «*Département de l'Intérieur, Thèque 42, fasc. 4*» (zit. Th. 42, 4 und Angabe der Stücknummer). — Ausserdem wurden herangezogen: die Abschriften der Briefe des Staatsrates (zit. *copies-lettres, C. E.*) und des Departementes des Innern (zit. *copies-lettres, Int.*), die Berichte der Regierungsstatthalter (zit. *Rapports des préfets*), die Protokolle des Staatsrates (zit. *Prot. St.*) und des Grossen Rates (zit. *Prot. G. R.*), die Sammlung der Gesetze, Dekrete und Beschlüsse des Kantons Wallis (zit. *Gesetzes-Sammlung*), die Staatsrechnungen des Kantons Wallis (zit. *Staatsrechnung*), die Berichte im *Courrier du Valais* (zit. *Courrier*), die sich mit dem Finanzgesetz und der militärischen Besetzung der drei Gemeinden befassen, sowie einige Briefe aus dem Depot von Herrn L. de Riedmatten (carton 8, fasc. 17; zit. *Riedmatten*).

<sup>2</sup> P. A. Grenat, *Histoire moderne du Valais*, Genève, 1904, pp. 20, 360, 398.

französische Truppen ins Land, die schonungslos raubten und plünderten und die Regierung mit Kriegskontributionen belasteten<sup>3</sup>.

Die Landesverwaltung suchte zuerst dadurch zu helfen, dass sie einen Teil der Nationalgüter veräusserte. Auf die Dauer aber konnte man auf diese Weise nicht haushalten. Wollte man den wirtschaftlichen Ruin des Landes vermeiden, so blieb nur eines übrig: die Schaffung einer kantonalen Finanzgesetzgebung. Zum Glück fehlte es nicht an Einsichtigen, die das erkannten und so konnte bereits im Herbstlandrat des Jahres 1802 das erste Finanzgesetz durchberaten werden<sup>4</sup>. Es knüpfte an das Aufлагengesetz der Helvetik an, von dem es übernahm, was den Gebräuchen und Gewohnheiten des Landes am meisten Rechnung trug. Man einigte sich auf die Einführung von indirekten Steuern (Salzmonopol, Stempelabgaben, Patente, Handänderungsgebühren), wobei darauf gesehen wurde, dass die Landwirtschaft soviel als möglich geschont werde. Handel und Gewerbe glaubte man stärker belasten zu dürfen, weil diese « ihre Gelder auf eine vorteilhaftere Weise durch ihren Gewerbs-Fleiss gelten machen und sich im Falle befinden, etwas mehr zu steuern, um den Schutz des Staates zu erhalten »<sup>5</sup>.

Auf die Einführung von direkten Steuern wurde verzichtet, weil man zu grossen Widerstand befürchtete « in einem Lande... wo vor der Revolution sogar der Name dieser Steuer unbekannt war, und welches sonst schon durch die Folgen der Drangsalen und übertriebenen Beschwerden, die es seit fünf Jahren empfunden hat, sich wirklich erschöpft befindet »<sup>6</sup>.

Die Gültigkeitsdauer des Gesetzes wurde auf ein Jahr beschränkt, damit « die Auflagen beym Ende dieser Zeitfrist vermindert werden können, wenn es die Lage der Republik erlaubet »<sup>7</sup>. Dazu kam es allerdings nie; im Gegenteil: der Bereich des Gesetzes, das man bis 1850 zuerst jährlich, dann alle zwei Jahre erneuerte, wurde immer mehr erweitert. Zu den vier Einnahme-Titeln, die im Gesetze von 1802 standen, kamen nach und nach hinzu: Ein- und Ausfuhrgebühren, Weg- und Brückenzölle, Transitzoll, Pulverregal, Postpacht und noch andere kleinere Einnahmeposten<sup>8</sup>.

<sup>3</sup> D. Imesch, *Die Kämpfe der Walliser gegen die Franzosen in den Jahren 1798 und 1799*, Sitten, 1899.

<sup>4</sup> W. Perrig, *Die Finanzgesetzgebung der Republik Wallis, 1802—1810*. In: *Blätter aus der Wallisergeschichte*, Bd. 5, 1920, S. 393—546. (zit. Perrig).

<sup>5</sup> *Finanz-System der Republik Wallis für das Jahr 1803*. Sitten, 1802, S. 4.

<sup>6</sup> l. c.

<sup>7</sup> l. c.

<sup>8</sup> Perrig, S. 437 ff.

Die Landesverwaltung wusste mit den verhältnismässig geringen Steuereinnahmen so umsichtig zu walten, dass die Staatsrechnungen auf lange Zeit fast immer Einnahmenüberschüsse aufwiesen und die Kantonsfinanzen sich, wenn auch langsam, so doch ständig besserten. Dieser glücklichen Entwicklung setzten die politischen Wirren der 40er Jahre ein Ende; von 1843 an ging es sichtlich abwärts. Es ist aber keineswegs verwunderlich, denn bei den Zuständen, die damals im Lande herrschten, war ein geordneter Staatshaushalt unmöglich. Nach einer offiziellen Zusammenstellung<sup>9</sup> hat die Verwaltung der Jahre 1843-1847 dem Staate Wallis ein Passiv von 1,402,081 Fr. 44 gebracht, wozu noch eine Verminderung des Nationalvermögens um 269,213 Fr. 82 kommt.

Noch schlimmer als diese Schuldenhäufung wirkte sich die Einführung der Bundesverfassung von 1848 aus, weil dadurch einerseits die Haupteinnahmen des Landes, die Zölle, dem Bunde zufielen und anderseits der Kanton neue Verpflichtungen, u. a. ein stark erhöhtes Militärbudget, zu übernehmen hatte.

Eine Neuordnung der Finanzgesetzgebung war unvermeidlich. Solange der Bund seine Entschädigung für die Übernahme von Post und Zoll zahlte, hätte man sich vielleicht noch halten können, auf die Dauer aber wäre es nicht möglich gewesen, den Ausfall, der rund  $\frac{1}{5}$  der Gesamteinnahmen ausmachte, irgendwie durch indirekte Steuern wettzumachen.

Für die Einführung der direkten Steuern, was am naheliegendsten gewesen wäre, konnte man sich aber vorerst noch nicht entscheiden. In einer Botschaft des Staatsrates vom 16. November 1849<sup>10</sup> wird ausgeführt, dass man von einer Grundsteuer und einer Steuer auf das Einkommen einstweilen abzusehen gedenke, weil die Vorurteile zu gross seien, die meisten Gemeinden keine Kataster besitzen und deren Errichtung wegen der grossen Zerstückelung sehr umständlich wäre. Auch glaube man, das Volk würde lieber einen Teil der Ausgaben direkt übernehmen als für die Staatsbedürfnisse im allgemeinen zu zahlen. Der Staatsrat schlug dem Grossen Rate daher vor, die Militärlasten, die am schwersten auf das Budget drückten, unter die Gemeinden zu verteilen, und zwar nicht nach Köpfen, sondern nach dem Vermögen. Überdies sollten die Handels- und Gewerbeabgaben erhöht werden, was sich dadurch rechtfertige, dass diese Erwerbsklasse durch die Aufhebung der Zölle am meisten begünstigt worden sei.

<sup>9</sup> Staatsrechnung 1850, Beilage.

<sup>10</sup> Prot. G. R. 1849, Nov. Dez., Beilage.

Vor dem Grossen Rate fand dieser Vorschlag keine Gnade. In der Sitzung vom 29. November 1849 bedauerte der Grosse Rat das Fehlen konkreter Angaben und forderte, dass der Staatsrat bis zur Maisession des nächsten Jahres ein « Inventar des Vermögens » aufstelle und zugleich Mittel vorschlage, um Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Der Staatsrat wurde auch beauftragt, den Entwurf zu einem neuen Steuergesetz auszuarbeiten und diesen einer zu diesem Zwecke ernannten Kommission zu unterbreiten <sup>11</sup>.

In der Maisession des Jahres 1850 legte der Staatsrat dem Grossen Rate den verlangten Entwurf <sup>12</sup> vor. Er stellt einen letzten Versuch dar, ohne die Einführung der Einkommens- und Vermögenssteuer auszukommen. Der Entwurf sah folgende Einnahmen vor: 1. eine Reihe von indirekten Steuern (Salzauflage, Patente, Gebühren, usw.), 2. die Vergütung des Bundes für Post und Zoll und 3. « falls die Hilfsquellen nicht zureichen sollten »: eine Supplementär-Auflage auf die Gemeinden.

Die Supplementärauflage war vorgesehen, um einen allfälligen Ausgabenüberschuss zu decken. Der Anteil der einzelnen Bezirke sollte dabei vom Grossen Rat festgesetzt werden auf Grund einer « Verteilungsleiter », die sowohl die Bevölkerungszahl wie auch den Territorialreichtum und die besondern Vorteile eines jeden Bezirkes zu berücksichtigen habe. Der Bezirksanteil sollte in ähnlicher Weise vom Bezirksrat unter die Gemeinden verteilt werden, und innerhalb der Gemeinde hatte der Munizipalrat die Aufgabe, den Anteil des einzelnen Wohnsassen je nach seinem Vermögen zu bestimmen.

Im grossen Rate war man diesem Entwurfe gegenüber getrennter Meinung. Am 28. Mai wurde beschlossen, die Beratung zu verschieben, um in der Zwischenzeit den Entwurf gründlich studieren und das Volk aufklären zu können <sup>13</sup>.

Im August wurde eine ausserordentliche Grossrats-Sitzung einberufen, in der man das Finanzgesetz in langen Diskussionen artikelweise durchberiet und schlussendlich in erster Lesung genehmigte. Der Entwurf des Staatsrates wurde stark abgeändert und die Einführung einer progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer vorgesehen <sup>14</sup>.

In der Novembersession wurde das Gesetz in zweiter Lesung durchberaten <sup>15</sup>. In dieser Sitzung versuchte man ein letztes Mal, die

<sup>11</sup> Prot. G. R. 1849, Nov.-Dez.

<sup>12</sup> Prot. G. R. 1850, Mai, Beilage.

<sup>13</sup> Prot. G. R. 1850, Mai.

<sup>14</sup> l. c. August.

<sup>15</sup> l. c. Nov.-Dez.



Einführung der Einkommens- und Vermögenssteuer zu verhindern. Der Abgeordnete Morand erklärte, die Einkommenssteuer sei undurchführbar, weil es nicht möglich sei, das Einkommen des Einzelnen zu bestimmen. Die Einführung der Kapitalsteuer aber werde das Verschwinden der Industrie bringen. Auch seien die direkten Steuern allgemein verhasst, weil sie die Freiheit beschränken und den Bürger zwingen, dem Staate über seine Vermögensverhältnisse Aufschluss zu geben. Wenn man die Finanzlage des Kantons verbessern wolle, so solle man dem Bischof den Gehalt kürzen (7000 Fr.), die Kollegien zusammenlegen und mit der Säkularisierung der Klöster ernst machen. Er beantragte, die Diskussion sei zu unterbrechen und eine Kommission zu ernennen, die sich mit den neuen Vorschlägen zu befassen habe. Der Antrag wurde aber mit grossem Mehr abgelehnt und die Diskussion weitergeführt. Am 6. Dezember war man so weit, dass die Schlussabstimmung vorgenommen werden konnte. Sie ergab ein Mehr von 57 : 15 Stimmen für die Einführung der Einkommens- und Kapitalsteuer. Zwei Tage vorher hatte sich der Grosse Rat über die beiden Steuern getrennt ausgesprochen : 49 : 20 Stimmen für die Einführung der Einkommenssteuer und 39 : 28 Stimmen für die Kapitalsteuer.

Das Gesetz sollte am 5. Januar 1851 der Volksabstimmung unterbreitet werden. Das Dekret, das die Einberufung der Urversammlung auf dieses Datum anberaumte und den Modus der Abstimmung festlegte, wurde noch in der Sitzung vom 6. Dezember genehmigt. Es blieben also knapp 4 Wochen, um das Volk über das neue Gesetz aufzuklären und auf die Abstimmung vorzubereiten.

Am 18. Dezember veröffentlichte der Staatsrat eine Botschaft<sup>16</sup>, in der er die Gründe auseinandersetzte, die die Einführung der direkten Steuern nötig gemacht hatten, sowie die Vorteile, die der Allgemeinheit daraus erwachsen sollten. Was von Mann zu Mann, am Wirtshaustisch oder in Gemeindeversammlungen an Aufklärungsarbeit getan wurde, lässt sich heute nicht mehr feststellen. In den Zeitungen aber scheint man sich nicht besonders darum bemüht zu haben, das Volk für das neue Gesetz zu gewinnen. Der *Courrier du Valais*, das Sprachrohr der Regierung, veröffentlichte am 18. Dezember einen kommentierten Auszug aus dem Gesetzestext und am 28. Dezember einen Artikel mit einer Fortsetzung am 1. Januar 1851, der sich so ziemlich mit der Botschaft des Staatsrates deckte. Das war alles. Die entsprechenden Nummern des Walliser Boten haben wir nicht auffinden können. Es ist aber zu vermuten, dass diese Zeitung, die das Organ der Opposition war, das Gesetz eher bekämpft als befürwortet hat.

<sup>16</sup> 1. c. Beilage ; abgedruckt im *Courrier* vom 21. Dez. 1850.

Die Abstimmung ergab 7799 Verwerfende<sup>17</sup>. Da die Nichtstimmenden als Anlobende gezählt wurden, ergab der Urnengang bei 19,084 stimmfähigen Bürgern eine annehmende Mehrheit von 1743 Stimmen.

Dieses Ergebnis scheint die Öffentlichkeit überrascht zu haben. Der *Courrier du Valais* wenigstens hatte am 8. Januar unter « Neueste Nachrichten » gemeldet, das Finanzgesetz sei mit grosser Wahrscheinlichkeit verworfen worden. In einzelnen Bezirken wie St. Moritz und Martinach habe es zwar nur wenig Nein-Stimmen, anderwärts dafür um so mehr. Entremont, voran das Bagnestal, hätte das Gesetz verworfen und von Siders aufwärts sei ebenfalls mit Ablehnung zu rechnen. Diese Vermutungen trafen nicht zu. Die Abstimmungsergebnisse waren, nach Bezirken geordnet, die folgenden :

Bezirke	Stimmfähige	Verwerfende	%
Goms	1218	1038	85,2
Östlich Raron	470	368	78,3
Westlich Raron	799	606	75,7
Siders	1734	1146	66,0
Gundis	1383	740	53,5
Entremont	2514	1135	45,1
Visp	1498	591	39,4
Brig	784	293	37,3
Leuk	1050	379	36,0
Sitten	1153	305	26,4
Martinach	1894	289	15,2
Monthey	1694	165	9,7
St. Moritz	1321	109	8,2

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, dass das Gesetz im obersten Landesteil fast einstimmig abgelehnt, im untersten aber fast einstimmig angenommen wurde. Vergleicht man neben den Bezirksergebnissen noch die Resultate der einzelnen Gemeinden, so verschiebt sich das Bild in dem Sinne, dass es vor allem die kleinen Berggemeinden sind, die das Gesetz verworfen haben, während es die grossen Gemeinden der Talebene annahmen. Ausser Münster und Ernen haben alle Bezirkshauptorte, sogar Mörel und Raron, das Gesetz angenommen.

<sup>17</sup> *Copies-lettres, Int.* ; abgedruckt im *Courrier* vom 8., 11., 22. und 25. Januar 1850.

Die Ablehnung des Gesetzes durch die Berggemeinden lässt sich nur aus psychologischen Gründen erklären, denn das neue Gesetz war für die Bergbauern entschieden vorteilhafter, als es die frühere Finanzgesetzgebung war. Bisher bezog der Staat seine Einnahmen fast ausschliesslich durch indirekte Auflagen auf die Verbrauchsgüter, was in erster Linie und am härtesten die kinderreichen, zugleich häufig gerade die ärmsten Familien traf. Dazu kam die Verteilung der Militärlasten, die wieder zu ungunsten der kinderreichen Familien ausfiel. Das neue Gesetz sollte diese Härten ausgleichen und die öffentlichen Lasten nach dem Vermögen und Einkommen des Einzelnen verteilen, was eine gesunde und gerechte Lösung bedeutete.

Es mag sein, dass die Berggemeinden nicht genügend aufgeklärt wurden, aber es wäre bestimmt falsch, wollte man ihre ablehnende Haltung allein damit begründen. Es war auch nicht die Scheu vor dem finanziellen Opfer, die sie davon abhielt, das Gesetz anzunehmen. In den zahlreichen Resolutionen, die im Laufe des Jahres 1851 dem Staatsrat eingereicht wurden, finden wir immer wieder den Vorschlag, man solle die Staatsschuld unter die Gemeinden verteilen, was doch gerade die Bergbevölkerung am härtesten getroffen hätte. Man war bereit zu einem einmaligen, wenn auch noch so schweren Opfer, in die ständige Dienstbarkeit des Staates aber wollte man nicht fallen. Man wollte nichts von der Freiheit des Einzelnen und nichts von der Selbständigkeit der Gemeinden verlieren: das war der tiefere Grund der Ablehnung. Das erklärt auch die Haltung der Gemeinden Bürenchen, Unterbäch und Eischoll, die nur durch militärische Besetzung zur Ausführung des Finanzgesetzes gebracht werden konnten, obwohl der Steuerbetrag, den sie zu leisten hatten, verschwindend klein war: Bürenchen 81 Fr. 48, Unterbäch 60 Fr. 89, Eischoll 96 Fr. 31<sup>18</sup>.



Am 13. Januar nahm der Staatsrat offiziell Kenntnis von den Abstimmungsergebnissen<sup>19</sup>. Staatsrat de Torrenté verlangte, dass bei dem knappen Resultat eine neue Volkszählung durchgeführt werde bevor man das Gesetz in Kraft erkläre. Auf jeden Fall sollte der Grosse Rat vorher einberufen werden. Seine Kollegen aber waren der Ansicht, dass seit 1841 sowohl die Bevölkerung wie auch die Zahl der Stimmfähigen zugenommen habe, so dass keine wesentliche Ver-

<sup>18</sup> J.-B. Bertrand, *Une mobilisation blanche en 1851*. In: *Annales Valaisannes*, Série 2, t. 3, 1936/39, pp. 340—344 (zit. Bertrand). Die Arbeit von Bertrand ist in manchen Punkten ungenau.

<sup>19</sup> Prot. St., S. 164—165.

änderung des Abstimmungsergebnisses zu erwarten sei. Mit dieser Begründung wurde der Antrag de Torrenté abgelehnt und das Finanzgesetz auf den 1. Februar 1851 vollziehbar erklärt <sup>20</sup>.

Am 11. März wurden die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erlassen <sup>21</sup>. Für jeden Bezirk sollte ein Kommissär und ein Stellvertreter ernannt werden. Innerhalb der Gemeinden war ein Ausschuss von 3-5 Mitgliedern vorgesehen, der die Abgaben-Rodel vorzubereiten und zu erstellen hatte. Die Steuerpflichtigen waren gehalten, diesem Ausschuss die nötigen Erklärungen über Vermögen und Einkommen abzugeben. Die Wahl dieses Ausschusses hatte innert 15 Tagen nach Veröffentlichung des Staatsratsbeschlusses zu erfolgen und bis zum 1. Juni sollten die Rodel erstellt sein. Es war dann eine Frist von 15 Tagen für allfällige Einsprachen vorgesehen. Die übrige Zeit bis Ende Juli blieb der Kommission für die Bereinigung der Listen. So einfach wie es vorgesehen war, sollte die Ausführung dieser Bestimmungen aber nicht sein.

Bei der Veröffentlichung des Staatsrats-Beschlusses wandelte sich die Misstimmung, die seit dem 5. Januar in den Gemeinden des Oberwallis ständig zugenommen hatte, in offenen Widerstand. Es kam, wie der *Courrier du Valais* schon am 18. Januar geschrieben hatte: « C'est, à proprement parler, au moment de la confection des rôles de contribution que le mécontentement se fera jour ».

Am 19. April berichtete der Präfekt von Westlich-Raron, der soeben einen Rundgang durch die Gemeinden beendet hatte, in folgenden Worten an den Staatsrat: « Der Besuch des Regierungstatthalters besagte den Gemeinden eben nicht am besten, und der Beschluss vom 11. März legte Stroh ans Feuer. Es sieht düster aus: die alten Luntten brennen wieder und werden von solchen angeblasen, welche schon einmal gebrandmarkt wurden. Die geübten Feuerwerker sind wieder in voller Tätigkeit, und Conferenzen haben statt. Wie weit gezieht wird, ist leicht zu beurteilen <sup>22</sup> ».

Die Stimmung, die in diesem Berichte zum Ausdruck kommt, dürfte in jenen Tagen im Oberwallis allgemein gewesen sein. Vorerst versuchte man, das Finanzgesetz auf gesetzlichem Wege durch das Begehren einer Verfassungsrevision zu Fall zu bringen. Schon anfangs April hatten die Präfekten von Goms und Brig den Staatsrat angefragt, wie sie sich den Revisionsbestrebungen gegenüber zu verhalten hätten, <sup>23</sup> und der *Courrier du Valais* brachte am 19. April einen Artikel, der

<sup>20</sup> *Gesetzes-Sammlung*, Bd. 8, S. 268.

<sup>21</sup> l. c. S. 270 ff.

<sup>22</sup> *Rapports des préfets*.

<sup>23</sup> *Copies-lettres*, Int.

sich ausführlich mit der Verfassungsänderung befasste, die im Oberwallis angestrebt werde. Sein Verfasser war optimistisch. Er schrieb, man brauche nichts zu befürchten, denn « tout serait factice dans le mouvement qu'on voudrait faire naître, causes et effets ». Es sollte aber nicht zu lange dauern, bis man auch in diesen Kreisen erkannte, dass der Ernst dieser Bewegung nicht zu unterschätzen war.

Am gleichen Tage, an dem dieser Artikel im *Courrier* erschien, wurde dem Staatsrat vom Regierungsstatthalter von Raron berichtet, dass in Bürchen Unruhen entstanden seien<sup>24</sup>. Der Präsident dieser Gemeinde, Johann Josef Zumoberhaus, sei bei ihm gewesen um zu klagen, dass man ihn öffentlich angegriffen und beschimpft habe, weil er die Gemeindeangelegenheiten dem Regierungsstatthalter unterbreitet und das Amt eines Kommissär-Stellvertreters für die Ausführung des Finanzgesetzes angenommen habe.

Einzelheiten zu diesem Vorkommnis vernehmen wir aus einem Briefe, den Präsident Zumoberhaus durch Christian Furrer, den Berichterstatte für Westlich-Raron, an den Staatsrat richten liess<sup>25</sup>. Zumoberhaus beklagte sich darin, dass er anlässlich der Arbeiten in den Gemeindereben am 14. März « tumultuarisch ... angefahren und beschimpft » worden sei. Seither seien er und Johann Josef Nater, der ihn unterstützt habe, sowie ihre Gattinnen und Kinder ständig von Misshandlungen bedroht. Als Präsident sei er unvermögend, und die Vollziehung des Beschlusses vom 11. März müsse « notwendigerweise » dem Vizepräsidenten übertragen werden, « damit seine Söhne besser belehrt » würden.

Der Berichterstatte fügte noch hinzu, dass sich auch in andern Gemeinden und Bezirken « Symptome von Ununterwürfigkeit » zeigten und dass viel heimliches Treiben statt habe. Was Bürchen betreffe, so sei es sicher angezeigt, dem Kommissär, der in diese Gemeinde gesandt werde, Landjäger zum Schutze mitzugeben.

Der Staatsrat befasste sich unverzüglich mit der Angelegenheit und ernannte am 24. April die Herren Elie de Courten und Alexis Allet zu Kommissären für die Gemeinde Bürchen. Sie hatten die Aufgabe, sich nach Raron und von dort — unter Begleitung des Präfekten und nötigenfalls auch von Landjägerei — nach Bürchen zu begeben. Die Bürchner sollten vor allem darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Wiederholung ähnlicher Akte schwere Folgen haben könnten, sowohl für die Gemeinde wie für die Anstifter<sup>26</sup>.

<sup>24</sup> *Rapports des préfets.*

<sup>25</sup> Th. 42, 4, Nr 1.

<sup>26</sup> *Copies-lettres, Int.*

Am 29. April kamen die beiden Kommissäre in Raron an und sprachen beim Regierungsstatthalter vor. Dieser erklärte, er wisse nicht genau, ob die Klagen des Präsidenten von Bürgen « als bloss persönliche da stünden oder ob sie das Gepräge gemeinsamer seitens der Gemeinde eine Verantwortlichkeit nach sich ziehenden Handlungsweise trügen »<sup>27</sup>. Den Kommissären schien es deshalb angebracht, vorerst eine Untersuchung einzuleiten gegen die Personen, die im Schreiben Christian Furrers namentlich angeführt waren. Die Herren Johann Josef und Johann Zenhäusern in der Ibrich, Johann Josef, Johann und Christian Gattlen in Zenhäusern, Ignaz Gattlen und dessen Bruder Alois wurden für den 29. April nachmittags um 2 Uhr zum Regierungsstatthalter nach Raron beordert. Der Vizepräsident von Bürgen, an den das Schreiben adressiert war, wurde persönlich dafür verantwortlich gemacht, dass die Betreffenden von der Aufforderung in Kenntniss gesetzt würden. Gegen Nichterscheinen wurden strenge Massnahmen angedroht<sup>28</sup>. Der Landjäger von Turmann brachte dieses Schreiben nach Bürgen und gab es um halb ein Uhr nachmittags im Hause des Vizepräsidenten ab, wofür er « mit Beschimpfungen ... behandelt » wurde<sup>29</sup>.

Die Einladung verfehlte ihre Wirkung nicht. Kurz nach 2 Uhr waren die Aufgeforderten schon in Raron, begleitet von einem grossen Teil der männlichen Bevölkerung von Bürgen, rund 40 Mann. Präsident Zumoberhaus fand sich ebenfalls in Raron ein. Die Kommissäre brachten den Willen und die Entschlossenheit der Regierung zum Ausdruck, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Präsident Zumoberhaus wiederholte seine Klagen, die im wesentlichen dem Schreiben Christian Furrers entsprachen. Die Angeklagten aber erklärten, sie hätten den Gemeindepräsidenten nur beschimpft, weil er die Abstattung der Gemeinderechnung verweigert habe, nicht wegen seines Amtes als Kommissär-Stellvertreter oder wegen des Finanzgesetzes. Nur vereinzelte Stimmen wurden gegen das Finanzgesetz laut und diese verstummten sogleich, als man nach ihrem Namen fragte. Da die Kommissäre fanden, dass die Klagen des Präsidenten gerechtfertigt waren, verlangten sie für ihn Genugtuung und erlangten nach einigem Widerstreben die Unterzeichnung des folgenden Textes : « Die Angeklagten und sämtliche Anwesende erklären, dass sie gegen Herrn Präsidenten J. J. Zumoberhaus keinen andern Beschwerdegrund haben als dass er die Rechnungsabstattung über die Gemeindeinteressen verweigere. Da sich aber Herr Präsident hiezu erbötig

<sup>27</sup> Th. 42, 4, Nr 3.

<sup>28</sup> l. c. Nr 2.

<sup>29</sup> l. c.

erklärt, so wird ihm für allfällige Unbilden dadurch Genugtuung erteilt, die einzige Ursache der Unzufriedenheit gegen ihn sei die obgedachte und jedes beleidigende und ungesetzliche Verfahren gegen ihn sei missbilligt »<sup>30</sup>.

Damit war die Versammlung beendet. Die Bürchner kehrten heim an ihren Berg, begleitet von heilsamen Ermahnungen, die sie kaum sonderlich zu Herzen genommen haben werden. Die Kommissäre selbst zweifelten an der Aufrichtigkeit der Unterwerfung. In ihrem Bericht an den Staatsrat heisst es: « Für künftige Ordnung und Gesetzlichkeit mussten wir uns mit blossen Beteuerungen begnügen. Wir hoffen dieselben seien aufrichtig »<sup>31</sup>.

Während des folgenden Monats schien es, als sei die Ruhe im Lande wieder hergestellt. Soweit aus den Akten ersichtlich ist, ging in dieser Zeit keine einzige Klage wegen des Finanzgesetzes beim Staatsrate ein. Nur der Präfekt von Mörel schrieb, man habe in seinem Bezirke mit dem Erstellen der Rodel nicht recht ernst machen wollen. Er habe dann aber einen Bezirksrat einberufen und nun könne er melden, dass alle Vertreter erklärt hätten, sie wollen sich dafür einsetzen, dass die Kommissionen in den Gemeinden ernannt würden<sup>32</sup>.

Es war aber nur eine trügerische Ruhe. Im Stillen wurde der Widerstand gegen das Finanzgesetz mächtig weitergeschürt. Von der Verfassungsrevision als Mittel, um die Ausführung des Finanzgesetzes zu verhindern, hörte man wenig mehr. Dieser Weg mochte den erhitzten Gemütern zu lang und zu ungewiss scheinen. Wovon man jetzt sprach, das war der offene Widerstand, die Weigerung, den Beschlüssen des Staatsrates nachzukommen.

Schon am 2. Juni sah sich die Regierung veranlasst, die Gemeinden Biel, Lax, Ritzingen und Selkingen unter Androhung von Zwangsmassnahmen zur Ernennung der Kommission für die Erstellung der Abgaben-Rodel aufzufordern<sup>33</sup>.

Die Gemeinden aber gaben der staatsrätlichen Aufforderung während der festgesetzten Frist von 8 Tagen keine Folge, so dass die Herren Anton von Riedmatten und Elie de Courten am 14. Juni als Kommissäre zu den Widerspenstigen gesandt werden mussten, um einen letzten Versuch zu unternehmen, die Ausführung des Gesetzes durch Aufklärung oder durch Drohung mit militärischer Besetzung

<sup>30</sup> 1. c. Nr 3.

<sup>31</sup> 1. c.

<sup>32</sup> *Rapports des préfets.*

<sup>33</sup> *Copies-lettres, Int.*



zu erreichen. Die Mission scheint, wenigstens nach aussen, Erfolg gehabt zu haben, denn am 27. Juni konnte der Staatsrat die Unterwerfung der 4 Gemeinden zur Kenntnis nehmen <sup>34</sup>.

Im folgenden Monat musste der Staatsrat ähnliche Massnahmen für die Gemeinden Mund und Eggerberg ergreifen. Mund wurde am 13. Juli unter Androhung militärischer Besetzung aufgefordert, sich innert drei Tagen schriftlich zu unterwerfen <sup>35</sup>. Eggerberg erhielt ein ähnliches Schreiben am 16. Juli; verschieden war nur die Frist, die man auf 24 Stunden herabgesetzt hatte <sup>36</sup>.

Die energische Haltung der Regierung führte auch hier zur Unterwerfung der widerspenstigen Gemeinden. Sie führte aber auch die Gegner des Finanzgesetzes zur Erkenntnis, dass man mit der Auflehnung einzelner Gemeinden nichts erreichen konnte. Wollte man zum Ziele gelangen, so war Zusammenschluss nötig. Versuche, die Opposition gegen das Finanzgesetz zu organisieren, sind wahrscheinlich schon früher unternommen worden. Bereits am 19. April hatte der Präfekt von Raron dem Staatsrate mitgeteilt, dass man Konferenzen abhalte und am 4. (oder 9.) Juli schrieb der Landjäger von Turtnann der Regierung, er habe einen gewissen Ignaz Willa von Leuk getroffen, der ihm gesagt hätte, « es werde bald böser gehen; man werde in kurzer Zeit gehen, die Regierung stürzen; er sei für selbes auf der Reise ». Er berichtete dann weiter, dass in Raron schon zweimal von den « Rivolutionsstiftern » des Bezirks nächtliche Versammlungen abgehalten worden seien <sup>37</sup>.

Die erste grössere Unternehmung gegen das Finanzgesetz aber war der Bezirksrat von Raron, der am 25. Juli auf Begehren der Gemeinden Bürchen, Unterbäch, Eischoll, Ferden, Kippel, Wiler und Blatten einberufen worden war <sup>38</sup>. Der Präfekt eröffnete die Versammlung, an der alle Gemeinden des Bezirkes bis auf Niedergesteln vertreten waren. Er bat die Vertreter der Gemeinden, die die Einberufung des Bezirksrates verlangt hatten, nochmals die Gründe anzugeben, die sie dazu veranlasst hatten.

Als erster sprach Johann Zumoberhaus von Unterbäch. Er forderte, dass der Staatsrat eine detaillierte Rechnung seit 1847 vorlege und in Zukunft die Ausgaben einschränke, besonders die Prämien für Viehzucht und Ackerbau und die Inspektionen. Bürchen schloss sich Unterbäch an und fügte noch hinzu, man wolle die Staatsschuld

<sup>34</sup> *Prot. St.*, S. 189.

<sup>35</sup> *Copies-lettres, Int.*

<sup>36</sup> *l. c.*

<sup>37</sup> *Th.* 42, 4, Nr 7.

<sup>38</sup> *l. c.* Nr 8.



tilgen und zwar verteilt nach Bezirken und Gemeinden, man lehne es aber entschieden ab, dauernde Abgaben (« Tribut ») zu zahlen. Eischoll und Ferden lobten die Anträge von Bürchen und Unterbäch an. Ferden wünschte noch, dass mehr gespart werde an den Geldern, die für die verschiedenen Vereine, für Lehrer und Lehrerinnen ausgegeben würden. Kippel verlangte, der Staatsrat solle die Ausgaben nach den Einkünften richten und nicht umgekehrt. Wiler und Blatten schlossen sich Kippel an. Steg verlangte ebenfalls Einschränkung der Staatsausgaben, erklärte sich bereit, die Staatsschuld zu zahlen und wehrte sich energisch gegen direkte Abgaben. Hohtenn teilte die Ansicht der übrigen Gemeinden, und Ausserberg schloss sich Unterbäch an, verlangte aber noch ausdrücklich Beschränkung der Ausgaben im Militärdepartement. Der Vertreter von Raron, der spätere Staatsrat Leo Luzian von Roten, erklärte sich bereit, seine Hand zu reichen, um ein Ansuchen an den Staatsrat zu richten, das die Rechnungsabstattung für die Jahre seit 1847 und die Beschränkung der Staatsausgaben zum Gegenstand habe. Dem Widerstand gegen das Finanzgesetz aber könne er auf eigene Verantwortung nicht beistimmen.

Auf die Frage des Regierungsstatthalters, wie den Beschlüssen Folge zu geben sei, ergriff wieder Unterbäch als erste Gemeinde das Wort. Sein Vertreter verlangte, dass die Beschlüsse der Regierung mitzuteilen seien mit der Bemerkung, falls der Staatsrat ihnen nicht zustimmen könne, sei eine « Landsgemeinde » einzuberufen. Bürchen, Unterbäch, Eischoll, Ausserberg, Hohtenn und Ferden schlossen sich dem Antrag an. Kippel, Wiler und Blatten glaubten, man solle zuerst eine Petition an die Regierung richten. Wenn diese aber keinen Erfolg habe, würden sie sich den andern Gemeinden anschliessen. Steg erklärte, keine Vollmachten zu besitzen, und Raron behielt sich das Protokoll offen, um den Ausspruch der Gemeindeversammlung abzuwarten.

Die Beschlüsse des Bezirksrates von Raron sind dem Staatsrate nicht eingereicht worden. Welches die Gründe dafür waren, wissen wir nicht. Vielleicht hat sich Raron nicht entschliessen können, die Forderungen zu unterschreiben. Vielleicht ist das Schreiben nicht abgeschickt worden, weil man sich sehr wohl bewusst war, dass man damit in Wirklichkeit kaum viel erreichen werde. Die Gemeinden Bürchen, Unterbäch und Eischoll wenigstens scheinen der Ansicht gewesen zu sein, dass man das ganze Oberwallis für diese Sache gewinnen müsse, um etwas zu erreichen. Die Vertreter dieser drei Gemeinden versammelten sich zwei Tage nach dem Bezirksrat von Raron in Unterbäch und beschlossen, die übrigen Gemeinden des Oberwallis

von den Rarner Beschlüssen in Kenntnis zu setzen. Sie erstellten mehrere Abschriften vom Protokoll der Versammlung in Raron, denen sie folgenden Aufruf anfügten : « Theure Mitbürger ! Wir teilen Ihnen hiedurch mit die Beschlüsse des Bezirksrates von Raron und bitten Sie theure Brüder unseres Vaterlandes ! auch Ihre Gesinnung schriftlich anzugeben ; denn durch eine schriftlich gesammelte Mehrheit werden wir ehender zum Zwecke gelangen, die drückenden Lasten des Finanzgesetzes zu heben, welche auf unser eigenes Eigentum gelegt werden sollen, als durch Weigerung einzelner Gemeinden . . . »<sup>39</sup>.

Mit diesen Abschriften sollten « Emmissäre » in die übrigen Bezirke des Oberwallis gesandt werden. Genaue Nachrichten über diese Werbetätigkeit haben wir nur für den Bezirk Goms<sup>40</sup>. Hier waren es Moritz Weissen von Unterbäch und Josef Ignaz Furrer von Bürchen, die vom 28.-31. Juli von einer Gemeinde in die andere zogen, den Präsidenten die Beschlüsse von Raron vorlegten und sie zur Einberufung der Urversammlung aufforderten. Ihre Arbeit hatte vollen Erfolg. In der Zeit vom 30. Juli bis zum 3. August schlossen sich folgende Gemeinden den Beschlüssen von Raron an : Oberwald, Selkingen, Lax, Blitzingen, Ritzingen, Biel, Bellwald, Fiesch, Gluringen, Obergesteln, Oberwald, Fiescherthal und Niederwald<sup>41</sup>. Auf der Heimreise werden die beiden Boten wahrscheinlich auch noch den Bezirk Östlich Raron bereist haben, wo sich folgende Gemeinden mit Westlich Raron solidarisch erklärten : Grenchols, Mörel, Betten, Goppisberg, Greich, Ried, Bitsch, Bister, Martisberg und Filet<sup>42</sup>.

Im Bezirke Visp sollen ebenfalls zwei Gesandte herumgegangen sein<sup>43</sup>, andere in Leuk. Über ihre Tätigkeit fehlen uns aber eingehende Nachrichten. Für die Beschlüsse von Raron erklärten sich aus den untern Bezirken : Lalden, Eyholz, Mund, Birgisch und Eggerberg<sup>44</sup>. Die drei letzten Gemeinden nehmen in ihren Resolutionen nicht ausdrücklich Bezug auf den Bezirksrat von Raron, wie es die der andern Gemeinden tun, die Forderungen sind aber dieselben.

Es mag erstaunen, dass sich aus den untern Bezirken nicht mehr Gemeinden angeschlossen haben. Wahrscheinlich hat die Aufklärungsarbeit dort später eingesetzt als in Goms, vielleicht erst, als man von der einmütigen Stellungnahme der Gommerngemeinden Kunde erhielt.

<sup>39</sup> l. c. Nr 9.

<sup>40</sup> l. c. Nr 6, 14, 52, 55, 73.

<sup>41</sup> l. c. Nr 4.

<sup>42</sup> l. c.

<sup>43</sup> l. c. Nr 73.

<sup>44</sup> l. c. Nr 4.

Dann aber haben die sofortigen Massnahmen der Regierung die Organisation verhindert. Möglicherweise sind auch nicht alle Dokumente überliefert. Wir denken dabei u. a. an Glis und an einzelne Gemeinden des Vispertales, die später in engster Verbindung mit Bürchen, Unterbäch und Eischoll gestanden sind.

Der Regierung konnten diese Vorgänge nicht lange verborgen bleiben. Präfekten<sup>45</sup>, Rapporteure<sup>46</sup> und andere besorgte Seelen<sup>47</sup> meldeten dem Staatsrate unverzüglich, was im Oberwallis vorging. Dieser befasste sich sofort mit der Angelegenheit. Am 4. August ernannte er die Herren Joseph de Nucé und Alexis Allet zu Kommissären für den Bezirk Westlich Raron<sup>48</sup>. Sie hatten die Aufgabe, sich ungesäumt nach Raron zu begeben und festzustellen, ob die Nachrichten, die man erhalten hatte, der Wirklichkeit entsprächen. Der Regierungsstatthalter sollte um Auskunft über den Bezirksrat vom 25. Juli « peu en harmonie avec la loi » angehalten und die Präsidenten der einzelnen Gemeinden nach Raron beordert werden, damit man feststellen könne, welche Gemeinden dem Gesetze Widerstand leisteten<sup>49</sup>.

Präsident Zumoberhaus, den man als treuen Anhänger der Regierung kannte, wurde ebenfalls aufgefordert, dem Staatsrate nähere Angaben über den Bezirksrat von Raron zu vermitteln<sup>50</sup>.

De Nucé erschien am 6. August morgens in Leuk, um seinen Kollegen abzuholen<sup>51</sup>. Alexis Allet aber war nicht zu Hause. De Nucé wartete den ganzen Tag auf seine Rückkehr, aber umsonst. Gegen Abend erhielt er die Meldung, er solle allein weiter nach Raron reisen, wo er ein Schreiben von Alexis Allet vorfinden werden. De Nucé machte sich sogleich auf den Weg, kam aber nicht über Turtmann hinaus, weil er keinen Wagen auftreiben konnte, der ihn noch in der Nacht nach Raron gebracht hätte. Er traf dann am folgenden Morgen zwischen 7 und 8 Uhr dort ein. Beim Präfekten fand er den Brief Allets, der sich entschuldigte, die ihm vom Staatsrat übertragene Aufgabe nicht erfüllen zu können, weil ihn dringende Geschäfte ins Goms gerufen hätten. Er habe den Staatsrat davon in Kenntnis gesetzt und ihn um einen Ersatz gebeten. De Nucé entschloss sich, die Angelegenheit nicht länger aufzuschieben. Er beauftragte den Regierungsstatthalter, die Präsidenten seines Bezirkes auf den 8. August nachmittags

<sup>45</sup> I. c. Nr 6, 73, 80.

<sup>46</sup> I. c. Nr 12.

<sup>47</sup> I. c. Nr 11.

<sup>48</sup> *Prot. St.*, S. 208 + *Copies-lettres, Int.*

<sup>49</sup> *Copies-lettres, Int.*

<sup>50</sup> *Prot. St.*, S. 219.

<sup>51</sup> *Th.* 42, 4, Nr 13.

2 Uhr nach Raron einzuladen. Bis dahin mochte auch der Ersatzmann eintreffen, wenn ein solcher ernannt worden war.

Für die Nacht begab sich de Nucé wieder zurück nach Turtmann, weil er in Raron keine Herberge fand. Er gedachte bis um Mittag des folgenden Tages in Turtmann auf seinen Kollegen zu warten und nur für die Versammlung um 2 Uhr nach Raron zu fahren. Ob der zweite Kommissär noch rechtzeitig eingetroffen ist und wie die Versammlung in Raron verlaufen ist, wissen wir nicht, weil der Bericht hierüber nicht aufzufinden war. Überliefert ist nur ein Schreiben de Nucés vom 10. August<sup>52</sup>, aus dem hervorgeht, dass sich Staatsrat Leopold de Sepibus an Stelle von Allet nach Raron begeben hat.

Die Verhandlungen von Raron führten zur Unterwerfung der Gemeinden Hochtenn, Steg, Niedergesteln, Blatten, Wiler und Ferden. Diese Gemeinden meldeten dem Staatsrate am 9. und 10. August die Ernennung ihres Munizipalausschusses für die Erstellung der Abgabenrodel<sup>53</sup>. Unterworfen werden sich auch Kippel und Ausserberg haben. Raron meldete dem Staatsrate nichts über sein Vorhaben und die Gemeinden Bürenchen, Unterbäch und Eischoll erklärten offen, sie würden sich den Massnahmen des Staates nötigenfalls mit Waffengewalt entgegensetzen<sup>54</sup>.

Nachdem der Staatsrat den Bericht der Herren de Nucé und de Sepibus erhalten hatte, befasste er sich am 11. August erneut mit den Vorgängen im Oberwallis<sup>55</sup>. Im Vordergrund stand die offene Auflehnung der drei Gemeinden, aber auch die Nachrichten aus andern Teilen des Landes gaben zu Besorgnis Anlass. Reckingen und Biel hatten sich geweigert, den Anordnungen des Kommissärs nachzukommen. Fiesch sollte beschlossen haben, die Rodel nicht zu erstellen<sup>56</sup>. In Glis war es am 10. August zu einer Versammlung gekommen « au son de trompette, et si on ne les aurait pas empêché, au tocsin », wie der Vizepräfekt Cathrein schrieb<sup>57</sup>. Die Einfischtaler hatten gedroht, sie würden in Massen aus dem Tale kommen, wenn sich der Präfekt nicht nach St-Luc begeben, um ihre Unterschriften für die Verfassungsrevision entgegenzunehmen<sup>58</sup>. In Lens sollten geheime Umtriebe statthaben<sup>59</sup> und aus dem Entremont und andern Orten des Unterwallis kamen ebenfalls beunruhigende Nachrichten<sup>60</sup>.

<sup>52</sup> l. c. Nr 15.

<sup>53</sup> l. c. Nr 63, 66, 70, 72.

<sup>54</sup> *Prot. St.*, S. 219—220.

<sup>55</sup> l. c.

<sup>56</sup> *Th.* 42, 4, Nr 14.

<sup>57</sup> l. c. Nr 88.

<sup>58</sup> l. c. Nr 16.

<sup>59</sup> l. c. Nr 30.

<sup>60</sup> l. c. Nr 19.

Man vermutete, dass hohe und einflussreiche Persönlichkeiten die Hand im Spiele hätten und dass alle die Machenschaften gegen das Finanzgesetz eigentlich nur auf den Sturz der Regierung abzielten. Als die Haupturheber sah man Bischof und Klerus an, sowie einige angesehene Familien des alten Wallis, u. a. die Familie von Roten in Raron<sup>61</sup>. Konnte die Bewegung aber auf solche Führer zählen, so war es höchste Zeit, energische Massnahmen zu ergreifen. Noch in der Sitzung vom 11. August beschloss daher der Staatsrat die Mobilisation eines Teiles der Unterwalliser Truppen, um durch die Besetzung der drei widerspenstigen Gemeinden Bürchen, Unterbäch und Eischoll vor aller Augen die Entschlossenheit der Regierung zu manifestieren. Die Truppen wurden unter den Befehl des Kommandanten Anton Amacker und des Majors Charles Penon gestellt. Elie de Courten und Joseph de Nucé wurden als Kommissäre bestimmt, die namens der Regierung zu verhandeln hatten.

Am 12. August richtete der Staatsrat ein Kreisschreiben an die Grossräte des Kantons, um sie von dem Widerstand der drei Gemeinden und den Massnahmen der Regierung in Kenntnis zu setzen<sup>62</sup>. Die Präfekten der Bezirke Goms, Brig, Visp, Raron und Leuk wurden an demselben Tage durch ein persönliches Schreiben des Staatsrates an ihre Pflichten gemahnt und aufgefordert, die Regierung ständig auf dem Laufenden zu halten über alles was im Bezirke vorgehe<sup>63</sup>.

Am 13. August stellte der Staatsrat die Instruktionen für die Kommissäre auf. Es waren 15 Punkte<sup>64</sup>:

1. Die Kommissäre begleiten die Truppe.
2. Sie erkundigen sich über die Tragweite des Widerstandes.
3. Wenn sich der Widerstand auf die drei Gemeinden beschränkt, so ordnen sie die militärische Besetzung an.
4. Sogleich nach der Besetzung ist die Unterwerfung zu verlangen.
5. Die Unterwerfung hat dadurch zu geschehen, dass die Urversammlung einberufen wird und die Bürger erklären, dass sie unverzüglich mit der Ausführung des Gesetzes beginnen wollen. Widersetzliche sollen mit Namen ins Protokoll eingeschrieben werden. Die Unterwerfung ist nicht eher erfolgt, als bis sich die Mehrheit der Stimmfähigen dafür erklärt hat. — Bürchen, das seinen Präsidenten beschimpft hat, soll diesem Genugtuung leisten.

<sup>61</sup> I. c. Nr 5, 19 ; *Riedmatten*, 471.

<sup>62</sup> *Copies-lettres, Int.*, Beilage.

<sup>63</sup> *Copies-lettres, Int.*

<sup>64</sup> *Prot. St.*, S. 220 ff.

6. Die Ernennung der Kommission für die Erstellung der Rodel hat in Anwesenheit der Kommissäre zu geschehen.
7. Die Anstifter des Aufruhrs sind ausfindig zu machen.
8. Josef Ignaz Furrer von Bürchen und Christian Wyssen von Unterbäch sind zu verhaften und nach Sitten zu führen.
9. Der Befehl zum Angriff erfolgt durch die Kommissäre, die Ausführung des Angriffs nach Befehlen der militärischen Führer.
10. Falls sich der Widerstand ausdehnen sollte, schätzen die Kommissäre ab, ob sie einen Angriff ausführen lassen, oder ob es ratsamer ist, die Weisungen der Regierung abzuwarten.
11. Die Besetzung dauert bis zur Begleichung der Kosten und der Ausführung der obgenannten Vorschriften.
12. Es ist ein Stafettendienst einzurichten mit den Herren Präfekten, der Landjägerei und der Regierung. Der Regierung soll stündlich Bericht erstattet werden.
13. Wenn Widerstand geleistet wird, so sind die Aufständischen zu entwaffnen und die Waffen ins Zeughaus abzuliefern.
14. Vieh für den Unterhalt der Truppe und Futter für die Lasttiere ist zu requirieren.
15. Der Präsident von Raron ist zu fragen, warum die Rodel in seiner Gemeinden nicht erstellt worden sind und warum er die Namen der Kommission nicht eingereicht hat.

In derselben Sitzung ernannte der Staatsrat Michael Jordan und Alphonse Bonvin zu Kommissären für die Gemeinden Mund, Glis und Eggerberg<sup>65</sup> und Jean-Baptiste Briguët und Joseph Zermatten für St-Luc<sup>66</sup>. Sie hatten in diesen Gemeinden in ähnlicher Weise wie es für Bürchen, Unterbäch und Eischoll vorgesehen war, die Unterwerfung zu verlangen.

Am folgenden Tage, am 14. August, sammelten sich die Truppen in Sitten<sup>67</sup>. Es waren die Jäger- und Füsilier-Kompagnien Ribordy, Filliez, Mermoud, Gay, Glassey und Kalbermatten, die Schützen-Kompagnie Tavernier und eine Abteilung Artillerie mit 2 Kanonen « pour battre en brèche les rochers de Tourtig et de Wandflue », wie die Gegner des Aufgebotes ironisch meinten<sup>68</sup>. Zusammen waren es ungefähr 600 Mann.

<sup>65</sup> *Copies-lettres, Int.*

<sup>66</sup> l. c.

<sup>67</sup> *Riedmatten*, 470 ; auch im *Courrier* vom 17. August.

<sup>68</sup> l. c.

Vor ihrem Abmarsch am 15. August morgens wurde den Truppen ein Tagesbefehl des Kommandanten Amacker verlesen, der mit den Worten schloss: « *Rappelez-vous que les communes récalcitrantes sont habitées par des concytoyens... Montrez-vous calmes, humains, disciplinés* »<sup>69</sup>.

Den Truppen voraus hatte der Staatsrat einen Aufruf an die Gemeinden geschickt, um die Öffentlichkeit über die Massnahmen der Regierung aufzuklären<sup>70</sup>.

Es scheint, dass sich die drei Gemeinden Bürchen, Unterbäch und Eischoll bis dahin durch die Beschlüsse des Staatsrates nicht sonderlich haben beeindrucken lassen. Sie zählten auf die Unterstützung der übrigen Gemeinden und glaubten wohl auch nicht ernstlich daran, dass die Regierung ihre Drohungen auch erfüllen könnte. Sie fuhrten fort « Aufwiegler nach allen Seiten auszuschicken »<sup>71</sup> und die grosse Volksversammlung vorzubereiten, die an den Mitte-August-Feiertagen stattfinden sollte<sup>72</sup>.

Die Lage änderte sich, als man vernahm, dass sich im Unterwallis die Truppen zu sammeln begannen. Nun konnte kein Zweifel darüber bleiben, dass die Regierung gewillt war, bis zum äussersten zu gehen. Nun erkannte man auch, dass man bisher viel geredet und wenig gehandelt hatte, dass es leicht gewesen war, zu erklären, man werde sich den Massnahmen der Regierung mit Waffengewalt entgegensetzen, dass aber alle Voraussetzungen fehlten, um ein solches Unternehmen mit Aussicht auf Erfolg zu beginnen.

In der Morgenfrühe des 14. August fand in Bürchen im Hause des Ignaz Furrer eine letzte Besprechung statt, an der ausser den Vertretern der drei Gemeinden noch Joseph Blatter von Glis und Lorenz Bodenmann von Grengiols teilnahmen. Blatter handelte im Namen der Gemeinden Glis, Mund, Eggerberg, Birgisch und Brigerbad, Bodenmann für den Bezirk Östlich Raron. Diese Männer vereinbarten « einander hilfreiche Hand zu leisten in allen Fällen, beladen mit Staats- oder Strafruppen, beladen mit andern Unkosten, kurz, komme es wozu es immer will, den Schaden und Gewinn mit einander zu teilen und abzutragen helfen, welcher durch Verweigerung der Annahme des gegenwärtigen Finanzgesetzes, Verlangung der Verfassungs Revision auf jede Gemeinde fallen möchte. Über dies aber bezeigen wir einander auf gleichem Fusse fest zu bleiben, wie wir in diesem

<sup>69</sup> *Courrier*, 20. August.

<sup>70</sup> *Prot. St.*, S. 233, Beilage + *Copies-lettres*, C. E., Beilage.

<sup>71</sup> *Th.* 42, 4, Nr 67.

<sup>72</sup> *l. c.* Nr 74, 81.



Hause vorgenommen haben, auch hierin einander hilfreiche Hand zu leisten bis zum Entscheide dieses Faches in jedem Ausfall »<sup>73</sup>.

Der Text dieser Urkunde zeigt einen ziemlich passiven Charakter. Man dachte nicht mehr daran, einen bewaffneten Widerstand zu organisieren, wie man eine Woche vorher gedroht hatte ; man schloss sich zusammen, um gemeinsam die Folgen zu tragen, welche die Auflehnung gegen das Finanzgesetz zu bringen drohte. Wahrscheinlich hoffte man auch, dass der Staatsrat gegenüber vielen Schuldigen gnädiger sein werde als gegenüber einem einzelnen.

Am 15. August zwischen vier und fünf Uhr nachmittags trafen die Truppen in Turtmann ein, wo sie übernachteten sollten. Der Marsch war reibungslos vor sich gegangen und die Disziplin der Truppe war gut. Nur in Turtmann, als es mit der Verpflegung nicht richtig klappen wollte, wurden Stimmen der Unzufriedenheit laut. Gemäss den Instruktionen des Staatsrates suchte man das Fleisch im Dorfe zu requirieren, aber man fand nur eine alte Kuh « en dessous de la médiocrité », weil die schönen Tiere um diese Zeit alle auf der Alpe waren. Dazu kam, dass man bei dem strömenden Regen in Scheunen und Ställen logieren musste, wo das Kochen nicht sonderlich gut ging. Um die Reihe der Missgeschicke zu vervollständigen, traf noch das Brot erst mit Verspätung ein<sup>74</sup>.

Von Turtmann aus wurde ein letzter Appel an die drei Gemeinden gerichtet. Sie wurden aufgefordert, sich bis zum 16. August morgens 8 Uhr zu unterwerfen. Sollte bis dahin keine Antwort eintreffen, so würden die Truppen weitermarschieren<sup>75</sup>.

Abends 8 Uhr, kaum dass der Appel der Kommissäre in die Gemeinden gelangt sein mochte, traf eine Delegation von Eischoll in Begleitung des Präfekten von Raron in Turtmann ein, um die Unterwerfung ihrer Gemeinde anzuzeigen. Eine Stunde später traf eine Abordnung von Unterbäch ein. Von Bürchen befand sich Präsident Zumoberhaus ebenfalls in Turtmann, jedoch als schutzsuchender Flüchtling, nicht als Delegierter. Die Kommissäre aber hofften, dass bis zum Morgen auch eine Abordnung von dieser Gemeinde eintreffen werde<sup>76</sup>.

In der Morgenfrühe trafen zwei neue Delegationen von Eischoll und Unterbäch ein, um die Unterwerfung zu bestätigen. Von Bürchen aber erschien bis zur festgesetzten Zeit niemand, so dass der Vormarsch der Truppen befohlen wurde. Drei Kompagnien sollten den Weg über Thenen-Eischoll nehmen, 1 Kompagnie sollte nach Turtig marschieren.

<sup>73</sup> Prot. G. R., Beilage.

<sup>74</sup> Th. 42, 4, Nr 22.

<sup>75</sup> l. c.

<sup>76</sup> l. c. Nr 23.



Die Artillerie und 1 Füsilier-Kompagnie aber verblieben in Turtmann, wo auch eine der zwei Kompagnien, die am Vorabend in Siders geblieben waren, bald eintreffen sollte.

Die Truppen waren kaum abmarschiert, als eine Delegation von Bürchen eintraf, jedoch nicht um die Unterwerfung der Gemeinde anzuzeigen, sondern um einen Aufschub bis zum folgenden Tage zu erbitten, damit sie ihre Verbündeten im obern Landesteil benachrichtigen könnten. Das Ansuchen wurde abgelehnt<sup>77</sup>. Der Staatsrat aber mobilisierte zwei weitere Kompagnien, als er die Kunde erhielt, dass sich Bürchen nicht unterworfen habe<sup>78</sup>.

Um 10 Uhr vormittags kamen die Truppen in Eischoll an, wo sie gut aufgenommen und mit Wein bewirtet wurden. Gemäss den Instruktionen des Staatsrates wurde die Urversammlung einberufen, an der sich 77 Bürger für die Unterwerfung aussprachen. Die Kommission für die Erstellung der Abgabenrodel wurde in Anwesenheit der Kommissäre ernannt, und für die Zahlung der Besetzungskosten verbürgten sich drei ehrenwerte Männer der Gemeinde<sup>79</sup>.

Um 3 Uhr nachmittags verliessen die Kompagnien Eischoll, um gegen 4 Uhr in Unterbäch einzutreffen. Hier war der Empfang weniger freundlich als in Eischoll. Die Urversammlung wurde um 6 Uhr früh des folgenden Tages anberaumt. Für die Nacht bleiben die Truppen in Unterbäch. Die Artillerie, die in Turtmann zurückgeblieben war, erhielt den Befehl, zusammen mit der Kompagnie Mermoud nach Raron weiterzumarschieren, um Turtmann zu entlasten, wo einzig die Kompagnie Kalbermatten unter Führung des Leutnants Charles de Rivaz zurückblieb<sup>80</sup>.

In der Nacht erhielten die Kommissäre eine Depesche des Staatsrates, welche den provisorischen Kostenanteil der drei Gemeinden festlegte. Bürchen hatte 2000 Fr. zu zahlen, Unterbäch und Eischoll je 1000 Fr.<sup>81</sup>

Pünktlich um 6 Uhr früh fand die Urversammlung in Unterbäch statt. Die Unterwerfung erfolgte auch hier ohne Widerstand. Nur mit der Bezahlung der 1000 Fr. hatte man viel Mühe. Die Gemeindekasse war nahezu leer, so dass die Summe durch Beiträge der einzelnen Bürger in der Höhe von 20 Fr. bis 134 Fr. 40 zusammengebracht werden musste<sup>82</sup>.

<sup>77</sup> I. c. Nr 24.

<sup>78</sup> *Botschaft des Staatsrates an den Grossen Rat über die Besetzung von Bürchen, Unterbäch und Eischoll.* Beilage zum Prot. G. R., Nov.

<sup>79</sup> Th. 42, 4, Nr 28.

<sup>80</sup> I. c.

<sup>81</sup> I. c. Nr 33.

<sup>82</sup> I. c.

Nachdem die Kommissäre das Geld erhalten hatten, marschierten die Truppen weiter nach Bürchen, wo die Urversammlung um halb 3 Uhr nachmittags stattfand. Anwesend waren 90 Bürger, die sich einstimmig für die Unterwerfung erklärten. Dem Präsidenten Zumoberhaus wurde öffentlich Genugtuung geleistet<sup>83</sup>. Die 2000 Fr., die Bürchen an die Besetzungskosten zu zahlen hatte, waren in der Gemeinde nicht aufzutreiben. Der Präsident musste sich nach Visp begeben, um Geld aufzunehmen, weshalb die Truppen in Bürchen nächtigen mussten<sup>84</sup>.

Eischoll, das von Unterbäch aus um Zahlung der 1000 Fr. — unter Androhung der Besetzung — aufgefordert worden war, überbrachte diese Summe den Kommissären noch am gleichen Tage<sup>85</sup>.

So war die Ordnung in den drei Gemeinden wieder hergestellt. Auch im Einfischtal, in Glis und in den andern Gemeinden des Bezirkes Brig hatten die Kommissäre die Unterwerfung erlangt. Nirgends waren auch nur Anzeichen von bewaffnetem Widerstand festzustellen gewesen.

Die Kommissäre befahlen deshalb am Morgen des 18. August, nachdem sie die 2000 Fr. von Bürchen erhalten hatten, den Abmarsch der Truppen. Dies war schon geschehen, als eine Depesche des Staatsrates eintraf, welche die Verminderung der Besetzungstruppen auf drei Kompagnien anordnete, sobald die drei Gemeinden den vorläufigen Kostenanteil von 4000 Fr. bezahlt hätten. Drei Kompagnien aber sollten bis zur endgültigen Regelung am Orte bleiben. Die Kommissäre aber liessen die Truppen auf eigene Verantwortung weitermarschieren. Eine länger dauernde Besetzung war ihrer Ansicht nach vollständig unnötig. Sie hätte nur den Gemeinden noch mehr Kosten verursacht und bei den Soldaten Unzufriedenheit geweckt<sup>86</sup>.

Am Abend erreichten die Truppen Siders, wo sie übernachteten. Die Reserve-Truppen, die während der Dauer des «Feldzuges» in Siders stationiert gewesen waren, hatte der Staatsrat schon am Nachmittag vorher nach Sitten zurück befohlen. Die Hauptmacht traf um Mittag des folgenden Tages in der Kantonshauptstadt ein, wo sie entlassen wurde. Staatsrat und Kommandant dankten der Truppe in einem Tagesbefehl für ihre Einsatzbereitschaft und für ihre soldatische Haltung<sup>87</sup>.

<sup>83</sup> I. c. Nr 34.

<sup>84</sup> I. c. Nr 40.

<sup>85</sup> I. c. Nr 33.

<sup>86</sup> *Prot. St.*, S. 225 ; *Riedmatten*, 474.

<sup>87</sup> *Prot. St.*, S. 225 ; *Courrier*, 18. und 20. August.

Am 22. August erliess der Staatsrat ein Dekret<sup>88</sup>, mit dem er die unverzügliche Ausführung der Bestimmungen des Finanzgesetzes anordnete. Bis zum 28. Oktober sollten sämtliche Abgabenrodel eingereicht sein. Die Gemeinden beeilten sich ordentlich, dieser Aufforderung nachzukommen. Alle Rodel wurden bis zum 28. Oktober freilich nicht abgeliefert<sup>89</sup>, aber das war wohl eher misslichen Umständen als schlechtem Willen zuzuschreiben. Einzig der Präsident von Biel-Reckingen weigerte sich, den Anordnungen der Regierung nachzukommen. Er wurde dafür während drei Monaten seines Amtes entsetzt<sup>90</sup>.

Die Kosten der militärischen Besetzung der drei Gemeinden wurden vom Staatsrat mit 8976 Fr. angegeben<sup>91</sup>. Nachdem die Gemeinden bereits 4000 Fr. gezahlt hatten, blieben noch rund 5000 Fr. zu verteilen. Bürenchen wurde mit 2500 Fr. belastet und die beiden andern Gemeinden sollten je 1250 Fr. leisten<sup>92</sup>. Diese Summen wurden von den drei Gemeinden noch im Laufe des Herbstes beglichen<sup>93</sup>.

Anfänglich hatte der Staatsrat beabsichtigt, eine Untersuchung einzuleiten, um die Urheber des Widerstandes ausfindig zu machen. Er beauftragte damit die erfolgreichen Kommissäre Elie de Courten und Joseph de Nucé, die aber beide den « ehrenvollen Auftrag » ablehnten<sup>94</sup>. Sie wussten zu gut, dass eine solche Untersuchung nie zum Ziele führen würde.

Die Regierung liess aber trotzdem alle jene Personen, die irgendwie eine führende Rolle gespielt zu haben schienen, nach Sitten kommen. Es waren dies : Moritz Weissen von Unterbäch<sup>95</sup>, Josef Ignaz Furrer von Bürenchen<sup>96</sup>, Clemenz Imhoff von Mörel<sup>97</sup>, Lorenz Bodenmann von Grengiols<sup>98</sup>, Josef Blatter von Glis<sup>99</sup>, und Johann Josef Gattlen von Bürenchen<sup>100</sup>. Das Verhör dieser Personen verlief ergebnislos. Jeder der Angeklagten konnte glaubwürdig beweisen, dass er nur mitgegangen war und keinen grössern Anteil am Widerstande gehabt hatte, als alle die andern auch. Man verzichtete deshalb auf die vorgesehene Durchführung eines gerichtlichen Verfahrens, das dem Staate nur viel Geld gekostet und die wirklich Schuldigen wahrscheinlich

<sup>88</sup> *Gesetzes-Sammlung*, Bd. 8, S. 330—333.

<sup>89</sup> *Copies-lettres, Int.*

<sup>90</sup> l. c. 14. Okt. ; *Copies-lettres, C. E.*, 29. September.

<sup>91</sup> *Bertrand*, S. 344.

<sup>92</sup> *Prot. St.*, S. 227.

<sup>93</sup> *Botschaft des Staatsrates an den Grossen Rat*, l. c.

<sup>94</sup> Th. 42, 4, Nr 38, 39.

<sup>95</sup> l. c. Nr 55.

<sup>96</sup> l. c. Nr 52.

<sup>97</sup> l. c. Nr 48.

<sup>98</sup> *Prot. St.*, S. 225.

<sup>99</sup> Th. 42, 4, Nr 56, 57.

<sup>100</sup> *Prot. St.*, Beilage.

nicht erreicht hätte<sup>101</sup>. Dabei blieb man, trotzdem die Gemeinde Bürenchen am 3. September ein gerichtliches Vorgehen gegen Anstifter und Mitschuldige ausdrücklich verlangte<sup>102</sup>.

Der Grosse Rat, der am 17. November zu seiner ordentlichen Winter-Sitzung zusammentrat, billigte das Vorgehen der Regierung<sup>103</sup>. Für die drei Gemeinden setzte sich einzig der Abgeordnete von Raron, Leo Luzian von Roten, ein. Er führte aus: « Entweder waren die aufgebottenen Truppen bloss gegen die drei aufrührerischen Gemeinden gerichtet, oder sie waren, so zu sagen, gegen ganz Oberwallis gerichtet. Im ersten Fall waren diese Truppen zu zahlreich, und ich finde wenigstens die zwei Compagnien überflüssig, welche als Reserve in Sitten waren, um einen Schildwachendienst vor dem Hause des Hrn. Staatsrats-Präsidenten zu versehen. Im zweiten Fall finde ich ungerecht, dass die drei Gemeinden sämtliche Kosten ertragen sollen... Ich schlage vor, die drei Gemeinden hinsichtlich der Kosten etwas zu schonen. Im Jahr 1831 und 1844 war es der Staat, welcher die Besetzungskosten übernahm. Sie werden demnach nicht den drei Gemeinden allein die Kosten aufbürden wollen, aus dem Grunde weil es Gemeinden des Oberwallis sind »<sup>104</sup>.

Der französische Berichterstatter Fumeaux aber antwortete dem Abgeordneten von Raron, man könne auf einen Kostennachlass nicht eintreten, weil die Gemeinden sich nicht förmlich darum an den Grossen Rat gewendet hätten. Dabei blieb es.

Wenn die Regierung durch das militärische Aufgebot auch die Durchführung des Finanzgesetzes hatte erzwingen können, so war es darum nicht beliebter und die allgemeine Unzufriedenheit nicht kleiner geworden. Man hatte einzig erreicht, dass man sich nicht mehr offen gegen das Gesetz auflehnte. Statt dessen begann man nun wieder in vermehrten Masse Unterschriften zu sammeln für die Revision der Verfassung. Man hatte erkannt, dass man mit Widersetzlichkeit nichts erreichen konnte. Das war schon im Frühling die Meinung der Einsichtigen gewesen und auch in den stürmischen Sommertagen hatte es nicht an Stimmen gefehlt, die das immer wieder betonten.

Zuerst war es der Bezirk Goms, der sich für den rechtlichen Weg entschied. Am 10. August, also noch vor der militärischen Besetzung der drei Gemeinden, beschlosssen die Vertreter aller Gemeinden, mit Ausnahme von Ernen, die Verfassungsrevision zu verlangen<sup>105</sup>. Ihrem

<sup>101</sup> *Botschaft des Staatsrates*, I. c.

<sup>102</sup> *Prot. St.*, Beilage.

<sup>103</sup> *Prot. G. R.*

<sup>104</sup> *I. c.*

<sup>105</sup> *Th. 42*, 4, Nr 43.

Glis<sup>106</sup>. Dann scheint das « Revisionsfieber », wie man diese Bestrebungen in Regierungskreisen nannte, unter dem Eindruck der militärischen Beispiele folgten kurze Zeit nachher die Gemeinden Ried-Brig und rischen Besetzung von Bürchen, Unterbäch und Eischoll etwas nachgelassen zu haben. Es dauerte aber trotzdem nicht sehr lange, so waren rund 8000 Unterschriften beisammen<sup>107</sup>.

Der Staatsrat, der sich nun langsam Rechenschaft gab, dass man mit Gewalt keine Volksbefriedigung erreichen kann, lenkte nun ein und schlug dem Grossen Rat am 29. Mai 1852 selbst die Verfassungsrevision vor<sup>108</sup>. Mehrere Abgeordnete aus dem Oberwallis liessen es sich nicht nehmen, ihre Verwunderung über die plötzliche Bekehrung der Regierung öffentlich auszusprechen. Dann stimmte der Grosse Rat einmütig für den Antrag der Regierung.

Am 3. Juni erliess der Staatsrat das Abstimmungsdekret<sup>109</sup>. Es sah zwei Fragen vor : 1. « Wollt Ihr dass die Verfassung revidiert werde ? » 2. « Falls sich die Mehrheit für die Revision aussprechen würde, wollt Ihr alsdann, dass selbe durch den Grossen Rat oder durch einen Verfassungsrat vorgenommen werde ? »

Die Abstimmung fand bereits am 20. Juni statt und ergab 10,321 Ja gegen 82 Nein. 9578 Stimmen wünschten, dass die Revision von einem Verfassungsrat durchgeführt werde, und nur 784 wollten diese Aufgabe dem Grossen Rate überlassen<sup>110</sup>. Am 23. Dezember desselben Jahres wurde die abgeänderte Verfassung mit grossem Mehr : 8223 Ja gegen 832 Nein, angenommen. Eine der Änderungen bestand darin, dass das Volk wieder seine Oberheit in Finanzsachen zurückerhielt, indem künftig jede Steuererhöhung dem Volksreferendum unterlag<sup>111</sup>. Der Kampf gegen das Finanzgesetz war also doch nicht umsonst gewesen.

<sup>106</sup> l. c.

<sup>107</sup> *Bertrand*, S. 344.

<sup>108</sup> *Prot. G. R.*

<sup>109</sup> *Gesetzes-Sammlung*, Bd. 8, S. 538.

<sup>110</sup> *Courrier*, 27. Juni.

<sup>111</sup> *Gesetzes-Sammlung*, Bd. 9, S. 23, Art. 72.